

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/127

8. Juli 1971

Wir brauchen mehr Wettbewerb!

Zur Bundesrats-Beratung der Kartellgesetz-
Novelle

Von Prof. Dr. Karl Schiller SPD-MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Gegen die Interessen Berlins

Polemiker Strauß auf gefährlichen Wegen

Seite 3 / 32 Zeilen

Sinnlose "Kleinigkeiten" erschweren den
Europa-Reiseverkehr

Weg mit den Grenzkontrollen innerhalb der EWG

Von Horst Seefeld SPD-MdB
Mitglied des Europa-Parlaments

Seite 4 / 44 Zeilen

SPD will einen Jugendrat für Bonn

Kitsprache- und Mitbestimmungsrecht für die
jungen Demokraten

Von Peter Pollmann
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion von
Groß-Bonn

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846-896 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Wir brauchen mehr Wettbewerb!

Zur Bundesrats-Beratung der Kartellgesetz-Novelle

Von Prof. Dr. Karl Schiller SPD-MdB

Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

Der Bundesrat wird am 9. Juli 1971 über den Entwurf der Kartellgesetznovelle beraten. Mit dieser Gesetzesinitiative der Bundesregierung wird ein neues Kapitel unserer Wettbewerbspolitik eingeleitet.

Die Zukunft der Marktwirtschaft hängt entscheidend davon ab, welche Antwort wir auf die Herausforderung der wirtschaftlichen Machtkonzentration geben werden. Die Marktmacht der Großunternehmen sollte weder verketzert noch bagatellisiert werden. Wir wissen: In der modernen Industriewirtschaft können die Unternehmen nicht wie Nußschalen auf offener See schwimmen. Wir wissen auch, daß im Wettbewerb auf den sich wandelnden Märkten Macht vorhanden und aus technischen Gründen oft unvermeidbar ist. Die Grenze ist dort zu ziehen, wo Marktmacht zur Übermacht wird. Hier sollen die Zusammenschlußkontrolle und die verschärfte Mißbrauchsaufsicht einsetzen. Aber wir müssen auch rechtzeitig der Gefahr begegnen, daß eine wachsende Zahl von Klein- und Mittelunternehmen in Handwerk, Handel und Industrie in ökonomisches Schattendasein absinkt. Deshalb eröffnet unsere Kartellnovelle neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, soweit der Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Das Ziel der Kartellnovelle ist klar: Indem wir den Wettbewerb noch stärker fördern, schützen wir gerade die schwächeren Marktteilnehmer. Dazu gehören die Verbraucher sowie die kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Zusammenschlußkontrolle soll durch eine verbesserte Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen ergänzt werden. Der Begriff der Marktbeherrschung wurde neu definiert. Wir haben die vielfältigen Faktoren der Marktmacht erstmals in ausreichender Breite erfaßt: die absolute Unternehmensgröße, den Marktanteil und das Preisverhalten. Die Oppositionssprecher haben gegen die "Marktanteilsvermutung" und die "Preisverhaltensvermutung" eingewandt, damit werde ein wettbewerbspolitischer Automatismus aus-

gelöst. Sie haben dabei bewußt oder unbewußt übersehen, daß diese Vermutungen widerlegt werden können und noch nicht den Vorwurf des Mißbrauchs begründen. Tatsächlich enthält das System der Mißbrauchsaufsicht und der Zusammenschlußkontrolle ein hohes Maß an rechtsstaatlichen Sicherungen für die betroffenen Unternehmen.

Auch die Opposition wird nicht umhin können, die grundsätzliche Notwendigkeit einer Zusammenschlußkontrolle und einer verbesserten Mißbrauchsaufsicht anzuerkennen. Zweifellos wird es über die Details der Kartellnovelle im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch Diskussionen geben. Einer Kritik aber, die beim "Wie" ansetzt, aber letztlich das "Ob" meint, werden wir entschieden entgegentreten. Dies gilt vor allem für den unbeweisbaren Vorwurf, die Zusammenschlußkontrolle sei ein dirigistisches und perfektionistisches Instrument. Dahinter steht offenbar der naive Glaube, der Markt löse die Konzentrationsprobleme auf lange Sicht von selbst. Die Erfahrungen des In- und Auslandes sowie die Wirtschaftswissenschaft haben dies längst widerlegt. Wer die gesetzliche Sicherung des Wettbewerbs als Dirigismus bezeichnet, der will offenbar politischen Immobilismus als marktwirtschaftliche Prinzipientreue deklarieren.

Andererseits kommt aus der Opposition mehr oder weniger pointiert der Vorwurf, die Kartellgesetznovelle bringe immer noch zu wenig für die unternehmerische Kooperation. Bedenkt man, daß künftig praktisch jede Form der leistungssteigernden unternehmerischen Zusammenarbeit zulässig sein soll, wenn dadurch der Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt wird, so ist diese Haltung schwer verständlich. Die Bundesregierung ist jedenfalls nicht bereit, unter dem Deckmantel der "Kooperation" in traditionsreiche Kartellgewässer des 19. Jahrhunderts zurückzusegeln.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir können eine freiheitliche und soziale Gesellschaftsordnung nicht dadurch fortentwickeln, indem wir nur Risse in unserer Wirtschaftsordnung übertünchen; von Zeit zu Zeit müssen wir neue Balken einziehen. Jedermann, der die Marktwirtschaft in unserem Lande stärken und den Verbraucher schützen will, wird an dieser Kartellnovelle konstruktiv mitarbeiten müssen. Deshalb habe ich die Hoffnung, daß dieser Gesetzentwurf in Bundesrat und Bundestag eine breite Basis gewinnen kann.

(-/wr/8.7.1971/bgy)

- + -

Gegen die Interessen Berlins

Polemiker Strauß auf gefährlichen Wegen

Franz Josef Strauß handelt den Berliner und damit den deutschen Interessen zuwider. Diese nüchtern-harte Feststellung wird durch Erklärungen erzwungen, in denen der CSU-Vorsitzende zu dem politischen Kernproblem Berlin behauptet hat, daß die Deutschen zu bestimmen hätten, inwieweit Berlin deutsch sei, nicht aber die Amerikaner, Briten und Franzosen. Die Bundesregierung sollte sich also nicht hinter die Alliierten verstecken und achselzuckend erklären, man hätte bei den Bemühungen um eine Berlin-Regelung nicht mehr erreichen können.

Es ist zu wiederholen: Strauß handelt den Berliner und damit den deutschen Interessen zuwider. Feststellungen der Art, wie sie oben zitiert werden mußten, sind nicht nur gegen jede Vernunft polemisch um der Polemik willen, sondern sie haben auch mit den Realitäten keinen Zusammenhang mehr. Dies ist Strauß umso mehr vorzuwerfen, als es abenteuerlich wäre, anzunehmen, daß er, der sich als politischen Experten von hohen Graden bewertet, etwa nicht bis ins letzte Detail hinein vollauf Bescheid über die gesamte Berlin-Problematik wissen sollte. Keiner der Spitzenleute der Union kann sich hinter angeblicher Uninformiertheit verkriechen. Auch deshalb wird man sich gerade diese Äußerungen von Strauß genau zu merken haben, damit zu gegebener Zeit vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit klargestellt werden kann, welche Politiker und welche politischen Gruppen in der Bundesrepublik in den Monaten und Jahren, in denen von der sozialliberalen Bundesregierung und ihrer Koalition initiativ und unermüdlich für die Interessen Berlins und der Berliner gestritten worden ist, entweder nur in frustrierter Kritik beiseite gestanden sind oder einfach Sand ins Getriebe geworfen haben.

Franz Josef Strauß hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er unter die Sandstreuer eingeordnet werden müßte.

(ee/ee/8.7.1971/bgy)

+ + +

Sinnlose "Kleinigkeiten" erschweren den Europa-Reiseverkehr

Weg mit den Grenzkontrollen innerhalb der EWG

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Europa-Parlaments

Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg haben die Abgeordneten der sechs EWG-Staaten ihren Unmut über die Tatsache ausgedrückt, daß im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr immer noch Kontrollen ausgeübt werden.

Bereits im Jahr 1968 hatte die Kommission erklärt, daß "die öffentliche Meinung in der Tat eine Erleichterung, ja eine Beseitigung der Kontrollen erwartet". Von Brüssel aus wurden den Mitgliedstaaten, um diesen Zustand zu ändern, drei Erklärungen gegeben: 1/ Die systematischen Aufenthalte an den Binnengrenzen soll vermieden werden; 2/ an den Binnengrenzen sollen Kontrollen von Reisenden in Fahrzeugen nur in Ausnahmefällen durchgeführt werden; und 3/ an den Binnengrenzen sollen die Schlagbäume beseitigt werden. Mit Recht habe die Kommission schon damals darauf hingewiesen, daß mit der Verwirklichung der Zollunion nur dann für die EWG ein Fortschritt gegeben sein wird, wenn sie mit liberalen Maßnahmen an den Binnengrenzen verbunden sei.

Jetzt, drei Jahre später, mußte vor dem Europa-Parlament bekannt werden, daß noch längst nicht überall so verfahren werde. Das Parlament verlangte deshalb in einer einstimmig verabschiedeten EntschlieÙung, daß die Grenzkontrollen im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr so bald wie möglich abgeschafft werden; daß das Ausfüllen von Landekarten bei Flügen innerhalb der Gemeinschaft ein unnötiges Hindernis sei und abgeschafft werden müsse; daß Maßnahmen zur Vereinfachung und Harmonisierung der Bestimmungen für die vorübergehende Einfuhr von Wohnwagen-Anhängern mit Campingausrüstung, Booten usw. zu treffen seien; und daß vom Rat sobald wie möglich die Richtlinie für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ("Grüne Karte") erlassen werde, damit die in diesem Zusammenhang durchgeführten Kontrollen abgeschafft werden.

In der Tat ist es so, daß solche Selbstverständlichkeiten leider noch nicht für jeden in der Sechsergemeinschaft selbstverständlich sind. Gerade in diesen Tagen und Wochen des Urlaubsverkehrs werden noch viele EWG-Staaten-Bürger in langen Schlangen vor Grenzen, die eigentlich gar nicht mehr sein sollten, über die Unsinnigkeit bei der Beschränkung des freien Reiseverkehrs nachdenken und ihre berechnete Verärgerung äußern. An solchen Kleinigkeiten wird der Fortgang zur Einheit Europas gemessen. Das sind jedoch Kleinigkeiten, die dem Bürger sichtbar die immer noch bestehenden Grenzen der Gemeinschaft vor Augen führen. Weil es Kleinigkeiten sind, müssen sie ohne Schwierigkeiten abgestellt werden können. Der Ministerrat muß handeln. Die Bundesregierung sollte ihre Vertreter im Ministerrat zu Initiativen veranlassen. (-/wr/8.7.1971/bcy)

SPD will einen Jugendrat für Bonn

Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht für die jungen Demokraten

Von Peter Pollmann

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion von Groß-Bonn

Die SPD-Fraktion des Rates der Stadt Bonn hat formell den Antrag eingebracht, einen Jugendrat zu bilden und damit dem erfolgreichen Vorbild der Stadt Nürnberg zu folgen. Der Jugendrat soll nach Vorstellung der SPD-Fraktion die Institution werden, über die die Bonner Jugend ihre Interessen gegenüber Rat und Verwaltung vertreten kann. Durch freie Wahlen in allen Stadtteilen, die von der Verwaltung organisiert werden müssen, sollen von allen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren etwa 25 Mitglieder dieses Jugendrates gewählt werden. Der Jugendrat soll ein Jahr im Amt bleiben, sich einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter wählen und Ausschüsse für einzelne Sachbereiche einrichten. Die Stadt Bonn müßte für die Arbeit des Jugendrates Mittel zur Verfügung stellen, deren Höhe jährlich bei den Haushaltsplanberatungen festgesetzt werden könnten.

Natürlich soll der Jugendrat, wie die SPD-Fraktion ihn sich vorstellt, nicht einfach nur eine neue Institution unter vielen sein, und auch nicht bloß eine "Spielwiese" der Demokratie. Vielmehr soll er echte Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte erhalten, um die Jugendlichen an die Praxis der Demokratie heranzuführen und zur Mitverantwortung zu erziehen. Die SPD-Fraktion schlägt vor, daß der Jugendrat zu allen wichtigen Angelegenheiten, welche die Interessen der Jugendlichen betreffen, gehört werden muß. Er soll darüber hinaus das Recht erhalten, dem Rat und seinen Ausschüssen über die Fraktionen oder über den Dezernenten für Schul- und Jugendfragen Anträge vorzulegen. Vertreter des Jugendrates müßten regelmäßig zu den Sitzungen der Ratsausschüsse eingeladen werden, wenn dort speziell die Jugend betreffende Probleme behandelt werden.

Die SPD-Fraktion wird - obwohl die CDU-Fraktion des Rates dies bereits abgelehnt hat! - die Jugendorganisationen und die Schülermitverwaltungen Bonns auffordern, den Plan eines Jugend-

rates zu diskutieren und eigene Vorschläge zur Verbesserung des Grundkonzepts zu machen. U.U. wird sie dann im Herbst im Jugendwohlfahrtsausschuß auch den Antrag stellen, ein öffentliches Hearing zu veranstalten.

Der Sprecher für Jugendangelegenheiten der SPD-Stadtratsfraktion hat dazu dargelegt, daß die Fraktion der Meinung sei, man dürfe nichts versäumen und kein Mittel und keinen Plan unbeachtet lassen, der die Möglichkeit biete, die Jugend mit den Ideen, aber vor allem auch mit der Praxis unserer Demokratie näher bekannt zu machen. Man könne die Bildung zur Demokratie nicht einfach den Schulen überlassen. Gerade die Trennung von Theorie und Praxis, die noch weithin unser Schulwesen bestimme, sei mit Schuld an der Distanz eines großen Teils unserer Jugendlichen zu Staat und Politik. Man müsse also alles versuchen, um einen größeren Teil der Jugendlichen zur Mitarbeit und zum Engagement in Gesellschaft und Politik zu bringen: "Wenn der Versuch gelingt, haben wir die Jugendlichen für die politische Mitarbeit gewonnen. Wenn er scheitern sollte, müßten wir uns allerdings gründlich überlegen, welche Ursachen das Desinteresse der Jugendlichen hat."

Im Gegensatz zur CDU-Fraktion des Bonner Rates, die zunächst einmal nur ihre Bedenken in allgemeinen Formulierungen anmeldete und die "Sorge" äußerte, daß "radikale Elemente" in einem solchen Jugendrat die Oberhand bekommen könnten, hat sich die Junge Union des Großbonner-Stadtbezirkes Bad Godesberg bereits "grundsätzlich positiv" geäußert. Sie forderte ebenfalls eine breitangelegte Diskussion des SPD-Vorschlages und möchte gesichert wissen, daß nicht nur Schüler, sondern auch Lehrlinge und junge Berufstätige sich beteiligen können. (-/wr/8.7.1971/bgy)